Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier
Erscheint jeden Mittwoch.

Extrablatt

Kriegs- und Spezialnachrichten des „Courier"
Erscheint jeden Samstag.

[illegible]

„Der Courier"

[illegible]

„Extrablatt"

[illegible]

Botschafter Gerard glaubt an baldigen Frieden

Berlin, 26. Mai, über London, 27. Mai. — Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Herr Gerard, ist überzeugt, daß der Frieden nahe ist. [illegible]

„[illegible] daß der Frieden nahe ist.

Präsident Wilson [illegible]

Es bedarf [illegible] der Frage, ob Präsident Wilsons Vermittlung erwünscht [illegible]

[illegible]

Nach ist es nicht klar, wann der nächste Schritt unternommen werden und welche Form die weitere Entwicklung des Friedensgedankens annehmen wird. [illegible]

[illegible]

In Bezug auf die letzte Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sagte der Gesandte: [illegible]

[illegible]

Dominialparlament verlängert

London, 30. Mai. — Die Vorlage für „British Nordamerika", deren Zweck war, eine Verlängerung der Dauer des canadischen Parlamentes bis Oktober 1917 zu erwirken, hat heute die dritte Lesung vor dem Unterhaus. Die Vorlage war in canadischen Unterhaus bereits angenommen worden.

The Aim of the Foreign Language Newspapers of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty. In all ways to aid in making this country greater and better.

Volkserziehung und Volksbildung

Beiträge zur Förderung unseres Schulwesens im Interesse nationaler Einheit und nationalen Fortschritts

Dr. Black berichtigt bemerkenswerten Irrtum in Preßberichten

Fakten und Winke für seine Erklärungen bezüglich des Schulbesuches. — Interessante Statistik

Der Vorsitzende der „Liga für Volkserziehung in Saskatchewan" bemüht sich, jede [illegible] Mitglieder des Komitees [illegible] Dr. Norman Black aus Regina [illegible]

[illegible]

des tatsächlichen Schulbesuches auszurechnen, ist der, die größere Zahl in die Letztere zu dividieren. Bitte, tun Sie das."

Der Berichterstatter tat dies und sagte: „Das ergibt einen Prozentsatz des Schulbesuches von 53 und einem Bruchteil." „Das ist es, was ich der Konvention gesagt habe," sagte Dr. Black. „Ihre Zahlen sagen, daß mit Weglassung der Bruchteile, von je 100 eingetragenen Kindern 47 jeden einzelnen der Schultage versäumen. Werfen Sie mir jenes kleine Buch von dem Schreibtisch dort."

Dasselbe erwies sich als ein „Vergleichendes Studium der Volksschulsysteme der 48 Staaten", herausgegeben von der Russell Sage-Gründung.

„Hier auf Seite 18 können Sie den durchschnittlichen Prozentsatz des Schulbesuchs in jedem Staate der amerikanischen Union im Jahre 1910 sehen.

Welches ist der höchste, ohne Bruchteile zu berücksichtigen?"

Der Berichterstatter erwiderte nach erfolgter Prüfung, daß der Schulbesuch der Kinder in Oregon 87 Prozent desselben betragen habe, was überhaupt möglich sei.

Die nächste Frage lautete: „Wieviele Staaten kamen bis auf 60 Prozent herab?" „Nur einer. Der Prozentsatz in Mississippi betrug 55."

„Das genügt", sagte der Doktor. „Sie sehen, was Saskatchewan im Verhältnis leistet. Natürlich gibt es eine Menge Gründe für unseren Rückstand. Einige können nicht beseitigt werden, andere können und müssen auf die Seite geräumt werden. Tatsachen wie die, welche Sie gerade ausgerechnet haben, werden, wenn sie an die Oeffentlichkeit dringen, die Leute für die Schulzwangsgesetze vorbereiten, welche der Minister für Erziehungswesen unzweifelhaft einführen wird. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß Mr. Scott ferner jener ängstlichen Leute ist, welche die bestehenden Tatsachen und Zustände geheim halten möchten. Es ist vielmehr in seinem Interesse, wie in dem der Schulen, die Tatsachen so bekannt zu geben, daß die Oeffentlichkeit erfährt, was er als Minister bereits weiß, nämlich, wie unzweifelhaft notwendig die Einführung gewisser wirksamer Schulzwangsgesetze ist.

„Was aber soll mit denjenigen Kindern geschehen, welche überhaupt nicht in die Schulliste eingetragen sind?", fragte der Berichterstatter. „Darüber reden wir ein andermal", erwiderte Dr. Black. „Für heute habe ich alles gesagt, was ich veröffentlicht haben möchte."

Schulaufsicht, darnach Schulreform

Vorschläge von W. H. Foght

Ein Vertreter des Kreiskomitees der „Liga für Volkserziehung in Saskatchewan" hatte das Glück, mit Dr. W. H. Foght zusammenzutreffen, als derselbe [illegible] in Prince Albert, wo er der Hauptredner gewesen war, auf der Heimfahrt nach Washington befand. [illegible]

[illegible]

„Ja, ich verfolge mit Interesse Ihre Bewegung in Saskatchewan für die Umgestaltung Ihrer Schulverhältnisse derart, daß sie sich auf Grund der besten modernen Methoden den tatsächlich bestehenden Zuständen Ihrer Provinz anpassen. Ihr eigenes Problem, das Sie nunmehr zu lösen suchen, ist in Wahrheit nur eine andere Form des Problemes, dem jetzt die fortschrittlichsten Staaten der Union gegenüberstehen.

Gerade bin ich von einer Inspektionsreise zurückgekehrt, während der ich in Gemeinschaft mit Dr. Capen und Dr. Iglis die erzieherischen Leistungen und Forderungen des Staates Washington untersuchte."

„Darnach zu urteilen, treten Sie, Herr Doktor, also dafür ein, daß als Vorarbeit zur Umgestaltung eines Schulsystemes, Inspektionen auf erzieherischem Gebiete vorgenommen werden sollten. Gewisse Leute in Saskatchewan sehen diese neumodischen erzieherischen Untersuchungen als eine Art Steckenpferd an," sagte der Berichterstatter. Das brachte den Doktor in Harnisch, und er richtete sich mit funkelnden Augen auf.

„Wer so etwas sagt, beweist, daß er gar nicht weiß, was Schulinspektion eigentlich bedeutet. Praktische Geschäftsleute, welche über den Stand der Dinge in irgend einem ihnen unterstehenden Geschäftsunternehmen nicht ganz im Klaren sind, nehmen doch als erstes eine Aufstellung ihres Solls und Habens vor. Das nennt man eine Inspektion. In Schulangelegenheiten bedeutet sie, daß man an Stelle unwissenschaftlicher Vermutungen, wissenschaftliche Untersuchung treten läßt. Sie deckt die Tatsachen auf und bringt sie in leicht verständlicher Weise vor das Volk im allgemeinen, wie vor die Erziehungsautoritäten, die besonders darin interessiert sein müssen. Eine derartige Untersuchung ermöglicht es, die Vorschläge schlecht unterrichteter Kritiker von denjenigen solcher Frauen und Männer zu unterscheiden, die den Tatsachen wirklich nahe stehen.

Selbstverständlich sollten nur wissenschaftlich gebildete Männer eine derartige Schulinspektion vornehmen. Es gibt eine erfolglose Inspektion, wie es eine ungenaue, zwecklose Inventaraufnahme gibt. Trotzdem besteht kein Zweifel darüber, daß eine fachmännisch durchgeführte Inspektion die einzig richtige Vorbereitung für alle Reformen ist. Um die besten Erfolge in Saskatchewan zu erzielen müssen Sie Ihre Regierung dazu veranlassen, daß sie eine derartige fachmäßige Inspektion wie die von mir erwähnte ins Werk setzt, sowie daß dieselbe reichlich unterstützt und nicht durch Hast entkräftet wird."

„Können Sie praktische Erfolge auf Grund derartiger Schulinspektionen anführen, Herr Doktor?"

„Gewiß, und an vielen Orten." Die Schulinspektion in Ohio hat diesem Staate das vielleicht modernste und rationellste Schulgesetzsystem Amerikas gegeben. Viele andere haben wertvolle praktische Ergebnisse gehabt, und in dem Maße, wie die Inspektionen durch Erfahrung besser werden, wird die Methode auch mehr und mehr beliebt. Zur Zeit stehen zehn oder zwölf Staaten auf der Warteliste des amerikanischen Erziehungsbüros, welche uns um Staatsinspektionen für sie bitten. Die Carnegie- und Russel Sage-Gründung führen ebenfalls solche aus. Alle diejenigen, welche die Angelegenheit ernstlich studiert haben, bestreiten die Notwendigkeit solcher Inspektionen nicht länger."

Liberaler Abgeordneter des britischen Parlamentes sieht Aussichten für baldigen Frieden

Sir Edward Grey entgegnet, Zeit für Friedensverhandlungen sei noch nicht gekommen

London. — Arthur Ponsonby, der liberale Abgeordnete für die Stirlingburghen von Schottland brachte die Aeußerungen Sir Edward Greys im Unterhause zur Sprache, in denen er erklärt hatte, daß kein Ende des Krieges möglich sei, ehe die preußische Friedensidee — ein ewiger Frieden unter preußischem Joche — besiegt und vernichtet sei.

Mr. Ponsonby befürwortete eine Abkürzung des Krieges und sprach sich gegen eine Verlängerung desselben bloß um der Verpflichtungen gegen die Alliierten willen aus. Der Sprecher sagte, daß, wenn der Krieg bis zum Falle Konstantinopels oder bis zur Erfüllung der unbekannten Verpflichtungen gegen die Alliierten fortdauern müsse, so sollte man dem Lande wenigstens bekannt geben, welcher Art diese Verpflichtungen seien. Wenn zwischen Deutschland und Großbritannien keine wesentlichen Streitigkeiten beständen, so sollte die Regierung die erste Gelegenheit ergreifen, eine Beendigung des Krieges herbeizuführen.

Sir Edward Grey erklärte in seiner Antwort, daß die Zeit zum Friedensschlusse noch nicht gekommen sei, und daß die Alliierten durch allgemeine Verpflichtungen gebunden seien, keinen Frieden außer nach gegenseitigem Uebereinkommen abzuschließen.

Mr. Ponsonby griff in einer langen Rede die Diplomatie der Regierung aufs schärfste an und führte aus, daß der Frieden Europas von der Fähigkeit der Staatsmänner, die großen Fragen in einem weitherzigen Lichte zu sehen, abhänge. Er hoffe, die Staatsmänner würden die gefahrvolle Lage nicht durch Zögern und Ueberreden verschlimmern. Nichts habe Deutschland mehr geholfen, das deutsche Volk zusammenzuschmelzen, als die übertrieben chauvinistischen Aeußerungen verantwortlicher Staatsmänner. Die gegenseitigen Beschuldigungen müßten aufhören. Der Krieg werde niemals ein Ende nehmen, wenn Großbritannien warten wolle, bis Sir Edward Grey und der deutsche Reichskanzler, Dr. von Bethmann-Hollweg, darüber einig geworden seien, wer für den Krieg verantwortlich zu machen sei. Habe Deutschland sich etwa geweigert, Belgien wiederherzustellen, Frankreich und Serbien zu räumen und ein unabhängiges Polen zu schaffen? Habe es sich etwa geweigert, die Bildung eines internationalen Rates zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens anzuerkennen? Wenn dem so sei, so solle man dem Lande das bekannt geben.

„Wir sollten nicht zugeben, daß diplomatische Förmlichkeiten uns hindern, die Nationen zu Frieden und Gesundheit zurückzubringen," schloß Mr. Ponsonby.

James Ramsay MacDonald, Arbeitervertreter für Leicester, pflichtete Mr. Ponsonby bei, in dem er sagte, daß Friede eine politische, nicht eine militärische Frage sei. Es sei Pflicht der Regierung, die Bedingungen festzustellen, unter denen sie bereit sei, einen Frieden einzugehen.

Sir Edward Grey betonte, daß, wenn irgend eine der alliierten Nationen ein Recht habe, über Frieden zu sprechen, es Frankreich sei, weil sich gegen dieses die gesammelte Wut des deutschen Angriffes gewendet habe. Präsident Poincare aber habe gesprochen: „Ich halte es für Pflicht der Diplomatie, die einheitliche Geschlossenheit der Alliierten aufrecht zu erhalten und den Krieg bis zu einem Punkte fortzuführen, wo die Alliierten hoffen können, einen dauernden Frieden herbeizuführen und aufrecht zu erhalten."

Winston Churchill regt im Unterhause an, mehr Leute in die Feuerlinie zu stellen

London. — Als Premierminister Asquith dem Unterhause vorschlug, £300,000,000 zu bewilligen, wie schon früher angeregt worden war, bemerkte er, daß dies die 11. Bewilligung seit Beginn des Krieges und die zweite seit Beginn des Finanzjahres sei. Die bewilligte Gesamtsumme dieses Jahres betrage £600,000,000, die seit Beginn des Krieges bewilligte £2,382,000,000. Mr. Asquith legte dem Hause zugleich einen ziemlich eingehenden Bericht über die Ausgaben der Regierung während der letzten Zeit vor. Dieselben hatten, soweit die Truppenunterhaltung in Betracht kam, um ein Kleines abgenommen. Die Gesamtausgaben hatten sich hauptsächlich durch Darleihen an Alliierte und Dominionen etwas vermehrt. Mr. Asquiths Darlegung, daß die £300,000,000, um deren Bewilligung er das Haus ersucht habe, bis zur Mitte der ersten Augustwoche reichen würden, gründete sich auf eine Schätzung der täglichen Ausgaben auf £4,750,000, die geringste Schätzung wie er sagte, die man annehmen könne.

Churchills Erwiderung

Winston Spencer Churchill, früheres Oberhaupt der Admiralität, welcher seit seiner Rückkehr von der Front der Regierung entgegengetreten ist, war der erste Sprecher in der darauffolg. Debatte. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß Mr. Asquith keinen Ueberblick über die allgemeine Kriegslage gegeben habe, und erklärte es als töricht, anzunehmen, daß der Krieg sich plötzlich zugunsten der Alliierten wenden werde. Die streitenden Heere hielten gegenwärtig zu sehr einander die Wage, um eine derartige Annahme berechtigt erscheinen zu lassen. Gewiß fühlten sich die Alliierten als die Stärkeren, doch stehe dem die centrale Stellung der Gegenmächte, die überlegene Einheit ihrer Kriegsführung und der ihnen bleibende Vorteil der Initiative gegenüber. Die Alliierten hätten tatsächlich größere Reserven, doch hänge der endgültige Sieg vom richtigen Gebrauche derselben ab.

Die zahlreichen Angriffe der Deutschen und Oesterreicher an allen Teilen der Front könnten sowohl ein Beweis ihrer Kraft, als aber auch ihrer großen Besorgnis sein. Wenn die Deutschen entscheidend geschlagen werden könnten, so geschehe es, weil sie zu wenig Mannschaften aufbringen könnten. Daher müsse man die nunmehr ins Feld gerufenen britischen Soldaten in der bestmöglichsten Weise ausnützen.

Mr. Churchill sprach dann von seinen Erfahrungen an der Front und nahm auf die Stellung der Briten in Frankreich Bezug. Er erwähnte die vorgeschobenen Keile, welche die britischen Truppen besetzten und fügte hinzu: „Wir sollten nicht fortfahren, Plätze von geringem Werte in der Linie zu halten, wo unsere Soldaten nur im Nachteil und unnötigen Verlusten ausgesetzt sind. "Es gibt 3 oder 4 solcher Plätze, aus denen uns die Deutschen auf strengsten Befehl nicht vertreiben dürfen, weil unsere unvorteilhafte Lage ihnen Vorteile bringt. Wir würden die Regierung keineswegs tadeln, wenn sie die Linien in günstiger Weise ausgleichen würde."

Colonel Churchill schlug vor, die Anzahl der Männer für Landesverteidigung zu verringern und auch die Reserven in Afrika und Asien ins Feld zu führen, da man für den Feldzug des nächsten Jahres ja afrikanische und asiatische Truppen in Aegypten ausbilden könne.

Nach Mr. Churchills Berechnung halten die Briten an allen Fronten 45 deutsche und türkische Divisionen im Schach. Dies entspreche aber nicht der Beschreibung des Premierministers von den militärischen Anstrengungen Großbritanniens.

„Wo sind die 5,000,000 Mann, die, wie Mr. Asquith sagte, England ins Feld stellt? Ganz gewiß sind sie nicht alle in Berührung mit dem Feinde gekommen. Wir sollten unsere militärischen Leistungen an der Zahl feindlicher Streitkräfte messen, welche wir an den verschiedenen Fronten halten. Die uns gegenüberstehenden 45 Deutschen und türkischen Divisionen entsprechen einer Gesamtstärke von 900,000 Mann. Darnach zu urteilen, betragen die mit uns in Berührung kommenden Kampfesmassen, was wirkungsvolle Gewehr- und Artilleriestärke betrifft, vielleicht eine halbe Million Mann. Wenn unsere Leistungen 5,000,000 Mann sind, so ist es nach allen vernünftigerweise berechtigten Abzügen doch noch augenfällig, daß eine große Anzahl für die Kriegführung noch nicht in nutzbringende Anwendung gekommen ist."

Colonel Churchill wies ernstlich darauf hin, daß jeder brauchbare Mann zur Verlängerung und Stärkung der Feuerlinie eingestellt werden müsse. Er schlug vor, Offiziersburschen und Stallknechte abzuschaffen, sowie der Neuformierung der Kavallerie ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Er war der Meinung, daß im Gegensatz zu den Plänen beim Ausbruch des Krieges die Regierung viel zu viel Leute für die Landesverteidigung zurückhalte, während doch die gegenwärtige Form der Kriegführung ganz und gar gegen den Plan eines Landeseinfalles spreche.

Vor allen Dingen sollten die jungen Leute dem aktiven Dienste unterstellt werden. Desgleichen sollten alle Reserven des Ostens, einschließlich Salonikis, Aegyptens, Indiens, sowie der französischen Truppen in Afrika zu Hülfe genommen werden, da sie am jetzigen Orte ihrer Tätigkeit wenig Wichtiges leisten, in Europa aber viel zur Stärkung der Alliierten beitragen könnten.

Die Geldvorlage wurde vom Unterhause einstimmig bewilligt.

Präsident Wilson und Botschafter Gerard sind überzeugt, daß Krieg auf totem Punkte angekommen und es Zeit ist, einen Frieden herbeizuführen

Washington. — Präsident Wilson schenkt der Möglichkeit, Europa den Frieden wiederzugeben, mehr Aufmerksamkeit als jemals seit Ausbruch des Krieges. Wie aus gutes Quelle verlautet, will der Präsident alles tun, was ihm in informeller Weise zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Mächten möglich ist, obwohl er sich formell noch nicht als Vermittler erboten hat.

Der Präsident ist überzeugt, daß der Krieg an einem toten Punkte angekommen ist und seine Fortsetzung nur zwecklose Verluste an Menschenleben sowie Verarmung aller europäischen, auch der neutralen Nationen, bedeutet. Er wird daher eine Botschaft überliefern, welche von allen Vertretern ausländischer Regierungen, sowie von den Angehörigen der kriegführenden Nationen mit tiefem Interesse gelesen werden wird. Man glaubt, daß der Präsident genau weiß, wann er seine formellen Anerbietungen für Vermittlung erneuern will. Seine nächsten Ratgeber sind der Meinung, daß die Herrscher der kriegführenden Nationen wegen ihrer nahen Beziehungen, ja Verwandtschaft zu einander für die Herstellung des Friedens ebenso maßgebend sein werden, wie ihre Minister. In offiziellen Kreisen würde man nicht erstaunt sein, wenn sie den Weg zum Frieden anbahnen würden. Nach der Ansicht Mr. Wilsons haben die neutralen Länder ein ebenso großes Recht, teilzunehmen und, wenn nötig, Vorschläge zu machen, wie die kriegführenden Staaten, da auch für sie die jetzt bestehenden, wie die dem Friedensschluß folgenden ökonomischen Verhältnisse von großer Wichtigkeit sein werden.

Verarmung nach dem Kriege

Von Lord Rosebery

London. — Eins ist durchaus sicher: Am Ende des Krieges werden alle Kämpfenden, ob siegreich oder nicht, finanziell erschöpft sein.

In ganz Europa wird der Einzelne und werden die Staaten allgemein verarmt sein, und aus dieser allgemeinen Verarmung müssen neue soziale Zustände erwachsen. Dies sind sehr ernste Zukunftsaussichten.

Niemand weiß, ob wir nach dem Frieden einen wirklichen bleibenden Frieden haben werden, oder ob die Nationen in beständiger Bewaffnung einem neuen Kriege entgegensehen werden. Es wird darauf ankommen, ob die europäischen Staaten den auf dem Kriege ruhenden tiefen Fluch einsehen und welcher Art die Sieger und Verlierenden sein werden.

Ferner: Unsere Millionen von Männern werden mit einem neuen Geiste und mit neuen Weltanschauungen aus dem Kriege zurückkehren.

Sie werden unbedingt die Zukunft dieses Landes beherrschen und leiten. Sie werden Selbstachtung und die Achtung für andere mit nachhause bringen. Charakter ist es, was sie mitbringen werden. Was ist dieser Krieg anders, als ein Konflikt der Charaktere!

Prisengericht verurteilt Gummiversand per Post

London. — 1400 Pakete mit Gummi, welche aus der erstklassigen Post des holländischen Dampfers „Gebria" genommen wurden, während er sich auf der Fahrt von Südamerika nach Holland befand, wurden von dem Prisengericht heute beschlagnahmt. Es wurde behauptet, daß die Pakete für Deutschland bestimmt seien. Der Staatsanwalt erklärte, es sei von Neutralen viel Kritik über die englische Einmischung in Briefpost geübt und behauptet worden, daß dies gegen die Haager Konvention gehe. Doch solle man wohl bedenken, daß die Haager Konvention vielfach als Deckmantel dafür benutzt worden sei, um Kriegskonterbande nach Deutschland einzuschmuggeln. Der Richter sagte, die Pakete seien unehrlicherweise per Post gesandt worden, um den Eindruck zu erwecken, daß sie Postkorrespondenz seien. Doch bestimme die Haager Konvention ausdrücklich, daß Pakete nicht in Postkorrespondenz eingeschlossen seien.

Englands Bierfabrikation um 15% ermäßigt

London, 29. Mai. — Im englischen Parlament wurde heute die zweite Lesung einer Vorlage vorgenommen, die eine Reduzierung der Bierfabrikation um 15 Prozent vorsieht. Die Vorlage ist zu dem Zwecke eingebracht worden, Schiffsräumlichkeiten, die bisjetzt zum Importieren von ausländischen Hopfen benutzt wurden, für andere Zwecke zu gewinnen. Die Vorlage ermächtigt die Regierung, das Importieren von Hopfen zu verbieten, falls ein genügender Vorrat im Inlande vorhanden sein sollte.

SANTAL CAPSULES MIDY

Diese kleinen Kapseln sind besser als Balsam of Copaiba, Cubebs oder Einspritzungen u. heilen in 24 Stunden dieselben Krankheiten ohne Berufsstörungen.
Ueberall erhältlich

Chinesische Provinz Hu Nan erklärt ihre Unabhängigkeit

Shanghai, den 30. Mai. — Die Provinz Hu Nan erklärte gestern ihre Unabhängigkeit.

Hu Nan ist eine im Innern Chinas gelegene Provinz und zählt 22,000,000 Seelen. Einige ihrer benachbarten Provinzen haben bereits seit dem Beginn der Erhebung gegen das Ruder des Präsidenten Yuan Shi Kai ihre Unabhängigkeit erklärt.

Oeffentliche Bekanntmachung

Der Honourable Edward Ludlow Wetmore und die Herren Herbert Gervens Smith und George Douglas Mackie, Kommissare ernannt unter der Verordnung des „Oeffentlichen Untersuchungs-Gesetzes" um zu untersuchen und Bericht zu erstatten über gewisse Angelegenheiten in Verbindung mit der Ausgabe von öffentlichen Geldern durch oder unter der Autorität der Behörde der Wege-Kommissäre von Saskatchewan während der Jahre 1913, 1914, 1915 und 1916 in Verbindung mit Wegen und Brücken, laden hiermit alle Personen ein, die irgendwelche Kenntnis oder zuverlässige Information über irgendwelche Beträge in Verbindung mit der Ausgabe irgend welcher Gelder, oder in Verbindung mit irgend welchen Kontrakten oder Arbeiten inbezug auf Wege oder Brücken während der besagten Periode haben, sich mit dem Unterzeichneten so schnell als möglich in Verbindung zu setzen, den Charakter ihrer Kenntnisse oder Informationen angebend so, daß es entschieden werden kann, ob ihre Gegenwart vor der Kommission gerechtfertigt sein würde.

Die Reiseunkosten aller Zeugen und Zeugengebühren werden bezahlt werden.

(Gez.) George Hyde,
Sekretär der Wege - Untersuchungskommission,
Parlaments-Gebäude, Regina.

Angebote

Standard Holzbrücken

Versiegelte Angebote adressiert an den Unterzeichneten und auf dem Umschlage mit der Aufschrift versehen: „Tenders for Bridges, Group No. Two" werden vom Unterzeichneten bis zum 12. Juni 16.30 Uhr 1916 für die unten genannten Arbeiten entgegengenommen:

(a) 16 Fuß Standard Pile Brücke, östlich von Sektion 9, Township 22, Range 8, westlich vom zweiten Meridian.

(b) 16 Fuß Standard Pile Brücke, nordöstlich der Sektion 21, Township 21, Range 4, westlich vom zweiten Meridian.

(c) 40 Fuß Standard Pile Brücke, östl. Sektion 1, Township 20 Range 2, westlich vom zweiten Meridian.

(d) 20 Fuß Standard Pile Brücke, nördlich Sektion 33, Township 22, Range 6, westlich vom zweiten Meridian.

Anbieter müssen für jede einzelne Arbeit angeben, und der Kontrakt wird nach der Gesamtsumme vergeben, da es die Kommission vorzieht, den Kontrakt in Gruppen zu vergeben, vorausgesetzt, die angebotenen Preise sind zufriedenstellend.

Angebote für diese Gruppe müssen begleitet sein von einem akzeptierten Scheck auf eine genehmigte Bank, oder andren zufriedenstellenden Depositen im Werte von $200.00, zahlbar an den Unterzeichneten.

Das Recht, irgendwelcher oder alle Angebote zurückzuweisen, oder irgendwelche Fehler oder Unregelmäßigkeiten in denselben zu übersehen, behält sich der Vorsitzende des Ausschusses der Wegekommissäre vor.

Pläne, Spezifikationen, Angebotsformulare und sonstige Informationen können auf Verlangen von dem Unterzeichneten erhalten werden.

Notiz. — Brückenbauer, Baumeister, welche wünschen, auf Holz- und Konkret-Brücken Angebote zu machen, sollten ihre Namen an den Vorsitzenden des Ausschusses der Wegekommissäre einsenden. Dadurch sichern sie sich die Bekanntmachungen und Benachrichtigungen über „Call for Tenders", wie diese im Laufe der Saison ausgegeben werden.

Die unautorisierte Veröffentlichung dieser Anzeige wird nicht bezahlt werden.

H. E. Carpenter,
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der Wegekommissäre.
Regina, Saskatchewan,
25. Mai. 1916.